

## Die „Schwarze Null“ entzweit das Land

„Die Flüchtlingssituation ist eine Bewährungsprobe für Deutschland und für Europa, und sie stellt uns alle, Staat und Gesellschaft, vor die größte Herausforderung seit langer Zeit. Deshalb hat die Bewältigung dieser anspruchsvollen Aufgabe absolute Priorität.“ Mit dieser knappen, aber zutreffenden Feststellung leitete Finanzminister Schäuble seine Rede zur Beratung des Bundeshaushalts 2016 im Deutschen Bundestag ein. Und in der Tat: Bereits in den ersten acht Monaten dieses Jahres sind über 400.000 Menschen vor Krieg, Verfolgung und Elend in ihrer Heimat nach Deutschland geflohen. In Städten und Gemeinden wird dieser Tage von Behörden und engagierten Bürgern Außerordentliches geleistet, um sie vor Obdachlosigkeit zu bewahren und mit dem Allernötigsten zu versorgen. Aber klar ist auch: Auf Dauer können Hilfsorganisationen und freiwillige Helfer die erforderliche, aber eigentlich durch staatliche Einrichtungen zu leistende Unterstützung nicht gewährleisten. Einrichtungen zur Erstaufnahme müssen geschaffen, Sprachkurse und Schulplätze möglichst frühzeitig angeboten sowie für Gesundheitsversorgung und vieles andere gesorgt werden. Daher ist es gut und zweifellos richtig, dass der Bund den Ländern und Kommunen zügig mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung unter die Arme greifen wird, denn hier ist der Staat gefordert.

Anlass zum Zweifel gibt allerdings, dass der Finanzminister die erforderliche Flüchtlingshilfe ohne Not gegen andere wichtige Bedarfe ausspielt. Es

soll bei der „Schwarzen Null“ bleiben und andere Ausgabenwünsche hätten sich unterzuordnen, so Schäuble in der Haushaltsdebatte. Während die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wegen der Bankenrettung in den Jahren 2009 und 2010 sprunghaft steigen durfte, soll sie nun noch nicht einmal vorübergehend auf dem gegenwärtigen Niveau verharren dürfen – und das obwohl die Wirtschaft wächst (siehe Grafik).

Dabei geht es jetzt darum, Menschen zu retten und dennoch die wichtigsten infrastrukturellen und sozialstaatlichen Bedarfe nicht zu vernachlässigen. Die wirtschaftliche Situation unseres Landes ließe dies allemal zu. Doch offenbar hat ein zum Selbstzweck verkommener Schuldenabbau - noch vor der Finanzierung wichtiger Bedarfe - tatsächlich die oberste Priorität. Das muss sich ändern, damit sich Flüchtlingshilfe und Schwimmbadsanierung nicht gegenseitig ausschließen.

Anteil der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts in Prozent des BIP

